

Clean Clothes Kampagne

Österreich



Wien, 3. März 2021

Offener Brief an Österreichische Abgeordnete zum EU Parlament,

als globales Netzwerk von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, das sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Stärkung der Arbeitnehmer*innen in der globalen Bekleidungs- und Sportbekleidungsindustrie einsetzt, hat die Clean Clothes Kampagne (CCK) die politischen Entwicklungen in Bezug auf die Sorgfaltspflicht von Unternehmen genau verfolgt.

Wir wenden uns nun an Sie, um Sie aufzufordern, **den Bericht über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen und die Rechenschaftspflicht von Unternehmen zu unterstützen, der am 8. März 2021 dem Plenum zur Abstimmung** vorgelegt werden soll. Mehr als 100 Organisationen der Zivilgesellschaft, 847.000 EU-Bürger*innen und eine beträchtliche Anzahl von EU-Unternehmen und Investor*innen fordern eine Gesetzgebung in diesem Bereich.

Dieser Bericht, der vom Rechtsausschuss mit starker parteiübergreifender Unterstützung angenommen wurde, stellt einen wichtigen ersten Schritt zum Aufbau eines europäischen Rahmens für die Rechenschaftspflicht von Unternehmen dar, der zu einem späteren Zeitpunkt dieses Jahres durch den Legislativvorschlag der Europäischen Kommission zur nachhaltigen Unternehmensführung ergänzt wird.

Der Bericht fordert die **Verankerung von menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten für große Unternehmen und risikobehaftete KMUs**, unterstreicht die Bedeutung der **Transparenz der Wertschöpfungskette**, erkennt die Wichtigkeit des Engagements **diverser Stakeholdern** an und unterstreicht die Notwendigkeit von **Strafen und zivilrechtlicher Haftung** für Schäden oder das Versäumnis, seine Sorgfaltspflichten angemessene zu erfüllen. Dies stellt eine solide Grundlage für weitere Maßnahmen dar, deshalb appellieren wir an Sie, dem Bericht zuzustimmen.

Auf der Grundlage von über 30 Jahren Erfahrung im Hochrisikosektor Bekleidungsindustrie plädieren wir für eine umfassende Gesetzgebung zur Unternehmensverantwortung, die für Unternehmen aller Größenordnungen gelten soll. Große und kleine Unternehmen sind Teil der Wertschöpfungskette. Sie sollten daher alle dazu verpflichtet werden, die Risiken in ihrer Wertschöpfungskette zu identifizieren, ihnen vorzubeugen, sie abzumildern, sie zu verfolgen und zu beheben. In Anbetracht der Abhängigkeit der Bekleidungsunternehmen vom Outsourcing und der dezentralen Natur der Lieferkette in diesem Sektor muss sichergestellt werden, dass die Unternehmen entlang ihrer **gesamten Wertschöpfungskette** und in Bezug auf alle ihre Tochtergesellschaften und Zulieferer, unabhängig von den formalen vertraglichen Verbindungen, eine Sorgfaltsprüfung durchführen.

Die zivil- und strafrechtliche Haftung von Unternehmen und die Erleichterung des Zugangs zu Gerichten in der EU für Opfer in Drittländern sind ebenfalls zwingend erforderlich. Angesichts der schwerwiegenden menschenrechtlichen Risiken, die für den Bekleidungssektor spezifisch sind, sollten spezielle ergänzende Maßnahmen oder Spezifikationen ebenfalls Teil der kommenden Gesetzesinitiative sein.



Arbeitsrechte, insbesondere die **Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen**, müssen als entscheidende Grundrechte für alle Arbeitnehmer anerkannt werden. Sie sollten daher als ein Schlüsselaspekt für die **Risikoidentifizierung**, -minderung und -beseitigung festgelegt werden. Darüber hinaus muss die Sorgfaltspflichtgesetzgebung den Schwerpunkt auf Transparenz und Offenlegung von Informationen legen und verlangen, dass der Zugang zu Informationen in alle Schritte des Sorgfaltsprüfungsprozesses eingeschlossen wird. Neben anderen Vorteilen ist die Transparenz der Wertschöpfungskette, einschließlich detaillierter und relevanter Informationen, von entscheidender Bedeutung, um Rechteinhaber und Behörden in die Lage zu versetzen, die entsprechenden Maßnahmen zur Aufklärung, Überwachung und Durchsetzung durchzuführen.

Wir möchten Sie auf die Publikation "Fashioning Justice" hinweisen, in der Sie weitere Einblicke in den Bekleidungssektor und die Notwendigkeit einer verpflichtenden und umfassenden menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung finden: <https://cleanclothes.org/news/2021/fashioning-justice>

Wir zählen darauf, dass Sie sich an die Seite der Bekleidungsarbeiterinnen und -arbeiter weltweit stellen, indem Sie sicherstellen, dass die EU ihre Pflichten gemäß den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte umsetzt. Eine Gesetzgebung, die verbindliche Verpflichtungen einführt, ist unerlässlich, um in Wertschöpfungsketten eingebaute Ungleichheiten zu reduzieren und die schädlichen Einkaufspraktiken und Arbeitsbeziehungen im Bekleidungssektor zu reformieren.

Bitte geben Sie am 8. März 2021 Ihre Stimme zur Unterstützung des Berichts über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen und die Rechenschaftspflicht von Unternehmen ab. Dies wird ein wichtiger Schritt sein, um die hohen menschlichen Kosten der Produktion von Billigkleidung für europäische Verbraucher zu beseitigen.

Der EU Rat vom 22. Februar 2021 hat zudem beschlossen, sich aktiv in der globalen Implementierung von Menschenrechten zu engagieren. Wir hoffen, dass auch Sie sich für die Unterstützung eines rechtlich bindenden Instruments für Wirtschaft und Menschenrechte (UN Binding Treaty on Business and Human Rights), wie es in der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe (IGWG) derzeit diskutiert wird, einsetzen. Über ein proaktives Engagement im EU Parlament von Ihrer Seite würden wir uns freuen.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und sind bereit, die wichtigen Themen mit Ihnen zu diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen

DI Gertrude Klaffenböck

Koordinatorin Clean Clothes Kampagne Ö

Mag. Konrad Rehling

Geschäftsführer Südwind